



(Foto: Christiane Heidbrink)

Ob in der Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft, China fasziniert und besorgt zugleich. Noch vor zwanzig Jahren lag die chinesische Wirtschaft weit hinter der der Supermacht USA zurück. Heute befindet sich das Reich der Mitte auf der Überholspur. Die Welt wird Zeuge einer Aufholjagd, die seit der Wahl Donald Trumps zunehmend konfrontativ ausfällt. Europa sitzt zwischen den Stühlen und bemüht sich um eine einheitliche Linie für das sich ankündigende bipolare Zeitalter. Doch in großen sicherheitspolitischen Debatten scheint das „U“ der Europäischen Union häufig eher Wunsch als Realität. Umso dringender stellt sich die Frage, welche sicherheitspolitischen Konsequenzen sich aus dem chinesischen Aufstieg für Deutschland und Europa ergeben.

Christiane Heidbrink, M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Universität Bonn. Als Projektleiterin des „Bonn Power Shift Monitors“ leitet sie am Center for Global Studies (CGS) die Untersuchung der globalen Machtverschiebungen zwischen den führenden Handelsnationen.

Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik

Klassische Sicherheitspolitik fokussiert stark die militärische Verteidigung und will durch eigene Stärke Konflikte mit anderen Staaten verhindern – und damit auch das eigene Überleben sichern. Auch wenn dieser Kern weiterhin erhalten bleibt, hat sich der Begriffshorizont stark erweitert. Entsprechend umfassender muss eine Debatte über die sicherheitspolitischen Konsequenzen des chinesischen Aufstieges ausfallen. Diese teilt sich grob in drei Lager: Das pessimistische Lager geht davon aus, dass der chinesische Aufstieg zu mehr Konflikten

führen wird, das optimistische Lager erhofft sich einen globalen Partner bei Konfliktfragen und das dritte Lager unterscheidet die Kooperations- und Konfliktwahrscheinlichkeit je nach Themenfeld.

Allzu häufig wird nur eine Seite der Medaille behandelt, wodurch regelrechte Nachrichtenblasen entstehen und die öffentliche Debatte verzerrt wird. Die Diskussion über Chinas Machtzuwachs lässt sich im Wesentlichen in vier Bedrohungsdimensionen einteilen: wirtschaftlich, militärisch, politisch und normativ.

Als Einstieg bietet das Schaubild einen Überblick zu häufig artikulierten Sorgen bezüglich des chinesischen Aufstieges. Die Dimensionen repräsentieren ein erweitertes Sicherheits-

verständnis und können so auf unterschiedliche Fallstudien angewendet werden. Auf diese Weise lassen sich die sicherheitspolitischen Konsequenzen sowie Handlungsoptionen für Deutschland und Europa differenzieren.

den ersten Blick deutet dies für die kommenden Jahre auf eine hohe Kriegswahrscheinlichkeit zwischen den USA, als etablierte Supermacht auf der einen Seite, und China, als aufsteigender Herausforderer auf der anderen Seite, hin.

Chinas Aufstieg und sicherheitspolitische Sorgen



Schaubild: Christiane Heidbrink 2020

Godzilla statt Bambi

Die Rivalität zwischen den USA und China, welche mit dem Handelskrieg im Jahr 2019 deutlich an Fahrt gewonnen hat, kommt gerade für die Anhänger des pessimistischen Lagers nicht überraschend. Die sogenannte „Thukydides Falle“ illustriert einen möglichen Ausgangspunkt der pessimistischen Überlegungen. „Der Aufstieg Athens und die Angst, die dieser bei den Spartanern hervorrief, ließen den Krieg unvermeidlich werden“, so eine Übersetzung des griechischen Philosophen Thukydides. Anhand dieser Aussage lässt sich die Idee ableiten, dass aufsteigende Mächte und die daraus zwangsläufig resultierende Machtrivalität potenziell destabilisierend wirken. Der Machtzuwachs fordert die etablierte Macht heraus und kann so einen präemptiven Angriff heraufbeschwören.

Harvard Professor Graham Allison untersuchte die These einer Thukydides Falle in seinem Werk „Destined for War“. In 12 von 16 Fällen innerhalb der letzten 500 Jahre kam es zu einer gewaltsamen Konfrontation zwischen der etablierten und der aufsteigenden Macht. Auf

Prominente Unterstützung erhält die These etwa vom Politologen John J. Mearsheimer. In zahlreichen Büchern und Aufsätzen legt Mearsheimer dar, dass ein friedlicher Aufstieg Chinas unwahrscheinlich ist. Nach seiner Auffassung ist das Ziel einer Großmacht, so mächtig zu werden, dass sie dadurch kaum angreifbar wird – oder wie er es ausdrückt: Es ist besser Godzilla zu sein als Bambi. Diese Interpretation ist allerdings durchaus umstritten. Allein wenn man sich an die Originalfilme dieser Allegorie erinnert, überlebt am Ende Bambi und nicht Godzilla. Obgleich Godzilla übermächtig erscheint, trifft er auf massiven Widerstand, wird verfolgt und vernichtet.

Somit kann ein zu bedrohlich wirkender Machtzuwachs zu weniger statt mehr Sicherheit führen. Dies wurde von chinesischer Seite rezipiert und unter Deng Xiaoping in die Staatsräson überführt, die eigene Stärke nicht zur Schau zu stellen („Tao Guang Yang Hui“). China scheint sich unter seinem 2013 ins Amt gekommenen Nachfolger Xi Jinping von diesem Prinzip abzuwenden und nicht nur aktiv mehr Mitsprache in den internationalen Beziehungen

einzufordern, sondern zunehmend machtbewusst aufzutreten.

Gefahr einer selbsterfüllenden Prophezeiung

Eine derartig pessimistische Einschätzung kann zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Aggressive Rhetorik ruft eventuell Gegenmaßnahmen hervor, wie etwa eine Aufrüstung zur Stärkung der eigenen Verteidigung. Diese Stärkung kann wiederum von der Gegenseite als potenzielle Gefahr gedeutet werden und zu weiteren Schutzmaßnahmen anreizen – eine klassische Aufrüstungsspirale entsteht. Entscheidend ist, wie von Thukydides formuliert, die Angst vor der anderen Partei, wodurch ein Sicherheitsdilemma ausgelöst wird. Ein hoher Grad an wirtschaftlicher Interdependenz und offizielle Versicherungen, die eigene Macht stets defensiv einzusetzen, reichen nicht aus, um kriegerische Handlungen effektiv zu verhindern, wie die beiden Weltkriege gezeigt haben. An dieser Stelle ist jedoch ein Einwand anzuführen, dem sich auch Mearsheimer anschließt: Die nukleare Bewaffnung der beiden Großmächte besitzt ein stabilisierendes Potenzial. Ein offener gewaltsamer Konflikt ist durch die Möglichkeit der verheerenden gegenseitigen Zerstörung unwahrscheinlich.

Dies wird besonders von den optimistischeren Lagern häufig ins Feld geführt. Gleichzeitig plädieren diese für umfangreichere Kooperationen zur Schaffung von Transparenz und Vertrauen. Auf diese Weise soll Konflikten durch Fehlinterpretationen durch ein höheres gegenseitiges Verständnis vorgebeugt werden. „Auf Freunde schießt man nicht“ war bereits der Leitspruch für die Völkerverständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Deutschland versucht auch in den Beziehungen zu China mit gemeinsamen Militärübungen wie Combined Aid eine Vorbildfunktion für Verständigung einzunehmen. Hierbei trainierten im Juli 2019 deutsche und chinesische Streitkräfte den gemeinsamen Einsatz bei einem

grenzüberschreitenden Cholera-Ausbruch. Bereits zuvor fand im Jahr 2016 eine deutsch-chinesische Übung in Chongqing im Südwesten Chinas statt.

Optimisten interpretieren die deutsch-chinesischen Übungen als Stärkung der eigenen Fähigkeiten und Vertrauensaufbau. Kritiker halten sie dagegen als Offenlegung potenzieller Verwundbarkeiten und Propaganda-Sieg für die chinesische Regierung. Nachzulesen sind diese Befürchtungen etwa in der US-amerikanischen Militärzeitschrift Stars and Stripes. Hier werden sie sogar als Ausdruck der politischen Uneinigkeit innerhalb der NATO gewertet. Derzeit lässt sich die NATO (sofern man sie in diesen Fragen als einheitlichen Akteur betrachten kann) also noch dem dritten Lager zuordnen, das von gemischten Positionen geprägt ist. Die Abschlussklärung des Londoner NATO-Gipfels von 2019 dokumentiert die inneren Differenzen. Es hält fest, dass der wachsende Einfluss Chinas sowohl Chancen als auch Herausforderungen bietet, worauf die Allianz gemeinsam eingehen möchte.

Militärische Machtprojektion

Ins Auge rückt damit jegliche Form militärischer Machtprojektion Chinas. Geopolitisch findet sich China umzingelt von US-amerikanischen Überseebasen verstärkt durch verbündete Mächte wie Japan, Australien und Indien. Dies mutet aus chinesischer Perspektive schon mit einem knappen Blick auf die Landkarte als Einschließung („containment“) an und bezeugt Washingtons Kapazitäten zur globalen Machtprojektion. Derartige Stellungen langfristig zu halten, ist allerdings eine finanziell wie personell kostspielige Angelegenheit. Während die USA weltweit ungefähr 800 militärische Einrichtungen außerhalb des eigenen Staatsterritoriums unterhalten, nahm China erst 2017 die erste und bislang einzige Basis in Dschibuti in Betrieb. Sri Lanka, Myanmar, Pakistan oder Tansania gelten als mögliche zukünftige Standorte. An die Zahlen der USA würde dies freilich

nicht einmal ansatzweise heranreichen. In der Theorie der maritimen Perlenkette („string of pearls“) werden diese Standorte dennoch als Bausteine der Gegenmachtbildung gefürchtet. Geostrategisch würde sich China deutlich günstiger positionieren und Indien auf dem Seeweg potenziell einkesseln.

Die Militärübung in Deutschland, die überseeische Militärbasis oder auch das fortwährende Engagement Chinas bei UN-Friedenseinsätzen lassen sich als Zeichen der Ertüchtigung werten. Der pensionierte chinesische Oberst Yue Gang erklärte in der South China Morning Post, dass die Volksbefreiungsarmee (PLA) wohl zukünftig verstärkt international zum Schutze der Neuen Seidenstraße eingesetzt würde. In dieser Lesart mindern gemeinsame Übungen das Misstrauen gegenüber diesen Engagements und so das Konfliktrisiko. Die Aussage über PLA-Einsätze für die Sicherung der „Belt and Road Initiative“ (BRI), so die offizielle Bezeichnung der Neuen Seidenstraße, wurde im Ausland mit Sorge aufgenommen. Chinas Militärkalkül scheint sich zusehends zum Adjektiv seiner Doktrin der „aktiven Verteidigung“ zu verschieben.

Washingtons härtere Gangart

Im Gegensatz dazu müssen sich die USA gegen den Eindruck zunehmender Passivität aufgrund des Machtverlustes erwehren. Die Furcht vor einem Verlust der globalen Führungsposition erinnert an die mahnenden Worte des Thukydides. Mittlerweile gibt es sogar einen Ausdruck für den Glauben an den Untergang der eigenen Machtposition und Zivilisation: „Declinism“. Machtpolitische Überlegenheit wird in dieser Logik fälschlicherweise gleichgesetzt mit gesellschaftlichem Wohlstand. In den USA haben Debatten über den Verlust der eigenen Führungsrolle bereits Tradition. In den 1950er Jahren fürchtete man von den Sowjets überflügelt zu werden, in den 1970ern von den Japanern. Insofern haben die USA in der Vergangenheit mehrfach ihre Regenerationsfähigkeit

bewiesen. Jedoch flankiert China nun seinen Aufstieg mit einer ressortübergreifenden Langzeitinitiative, die zu ebenjenen strukturellen Wurzeln dieser Regenerationsfähigkeit in Konkurrenz treten.

Washington wirkt geschwächt. Die Anzeichen über den militärischen Rückzug der USA von der Weltbühne nehmen nicht erst seit dem Abzug aus Syrien zu. Mit einem umfassenden Rückzug aus der Asien-Pazifik Region ist allerdings nicht zu rechnen. Bereits Präsident Obama verfolgte unter dem Schlagwort „Pivot to Asia“ verstärktes Engagement in der Region. Die Strategie beinhaltete sowohl intensivere diplomatische als auch wirtschaftliche und militärische Kooperationen mit asiatischen Partnern. Dies sollte den eigenen Einfluss ausweiten und offiziell ebenfalls die Beziehungen zu China stärken. Kritische Stimmen aus China werteten die Pläne hingegen als weitere Einschließung.

Präsident Trump legte seit Mitte 2017 eine konfrontativere Gangart ein. Außenpolitisch setzt dieser auf „maximalen Druck“ – sei es gegenüber Iran, Nordkorea, Venezuela oder eben China. So unterstützt das Weiße Haus die Japanische Initiative eines „Free and Open Indo-Pacific“ (FOIP), welche als Gegenentwurf zur chinesischen Seidenstraße aufgefasst wird. Laut Tokio dient FOIP nicht der Eindämmung Chinas und kann weniger als Strategie denn als Vision oder Konzept gelten. Auch Washington schließt China nicht von explizit aus der FOIP aus, doch der Umgangston ist härter. Erst im Mai 2020 veröffentlichte das Weiße Haus ein 16-seitiges Strategiepapier zum Umgang mit China. Das Dokument verdeutlicht die Handlungslogik der Großmachtrivalität, in der FOIP als eigene regierungsweite Strategie gepriesen wird. Außerdem verurteilt Washington scharf die Neue Seidenstraße: Peking werde diese für unzulässige politische Einflussnahme und militärischen Zugang nutzen. Zustimmung findet dieses Urteil sogar über die Partei- und Landesgrenzen hinweg. Gleichwohl stieß das Strategiepapier

ebenfalls auf Kritik im In- und Ausland. In jedem Fall belegt es die umfangreichen sicherheitspolitischen Bedenken Washingtons gegenüber Peking in allen oben aufgeführten Bedrohungsdimensionen.

Europa zwischen den Stühlen

Die europäischen Strategiedokumente sind zwar weniger konfrontativ als die des Weißen Hauses, enthalten aber ähnliche Bedenken. Die EU-Kommission verkündete im September 2018 ihre neue EU-Asien-Strategie („Connecting Europe and Asia – Building blocks for an EU strategy“). Im März 2019 bezeichnet ein gemeinsames Kommuniqué China als strategischen Partner, wirtschaftlichen Konkurrenten und systemischen Rivalen. Wie die kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion im Juli 2019 illustriert, wird dies als gemeinsame europäische Antwort auf Chinas wachsenden Einfluss und die Neue Seidenstraße interpretiert. Die deutsche Bundesregierung spricht in diesem Zusammenhang nicht von einem Gegenmodell. Stattdessen heißt es, dass den Zielländern Alternativen geboten werden sollen (siehe Drucksache 19/10783). Im Rahmen der Europäischen Konnektivitätsstrategie möchte man somit als aktiver Partner einen regelbasierten und nachhaltigen Ansatz in Asien fördern. Ziel ist es, auf diese Weise den Drahtseilakt zwischen tieferen Beziehungen zu China, transatlantischer Partnerschaft und kontinentaler Profilbildung zu schaffen.

In diesem Spannungsverhältnis sitzt Europa zwischen den Stühlen der Großmächte. Auf der einen Seite verbinden die europäischen Staaten historisch gewachsene Sicherheitsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten, insbesondere im Rahmen der NATO. Das normative Fundament der transatlantischen Beziehungen, das geteilte Wertesystem, wird jedoch zunehmend auch innerhalb der Allianz in Frage gestellt. Ähnliches lässt sich in der EU beobachten. Grundsatzdebatten über gemeinsame gesellschaftliche Werte werden gefordert und

vielerorts geführt. Der außenpolitische Konsens zwischen der EU und den USA ist eindeutiger als die innenpolitische Realität: China fördert eine alternative Regierungsform, die nahezu unvereinbar mit denen der freiheitlich-liberalen Ordnung scheint. Dieser normative Wettstreit bezeugt eine Entfremdung zwischen China und dem Westen und wird beflügelt von Unkenntnis über die jeweilige Geschichte und Kultur.

Das wechselseitige Unverständnis lässt sich anhand des „17+1-Formates“ illustrieren. Das Format wurde bereits 2012 gegründet. Es soll die Kooperation zwischen China und Zentral- und Osteuropäischen Staaten vertiefen, darunter Griechenland, Polen, Ungarn und Kroatien. Auf den jährlich stattfindenden Gipfeln wurden etwa erleichterte Handelsbedingungen und Investitionen beschlossen, die mittlerweile in den Rahmen der Neuen Seidenstraßeninitiative integriert werden. Als trojanisches Pferd des chinesischen Einflusses bezeichnete Katharina Münster von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik die Kooperation; die Zeitung Welt betitelte es sogar als Angriff auf Europa. Worin Europäer eine Spaltung innerhalb der EU erkennen, handelt es sich aus Sicht Chinas jedoch um eine legitime Kooperation mit souveränen Staaten. Trotz aller Bemühungen der EU-Organe ist effektiv keine einheitliche Position unter den Mitgliedsstaaten erkennbar. Hieraus erwächst die Sorge, dass die Fliehkräfte innerhalb der Union zunehmen und China Einfluss auf die Entscheidungsfindung in nationalen und europäischen Einrichtungen erhält.

Darüber hinaus wird die Kooperation mit China seitens der Trump-Administration zunehmend zu einer transatlantischen Bündnisfrage stilisiert. Washington verlangt offen von seinen Alliierten die „Eindämmung“ chinesischer Macht stärker zu unterstützen. Daraus resultiert erhebliches transatlantisches Konfliktpotential, das zunehmend auch in die NATO getragen wird. Dies trat besonders prominent in der Debatte um den neuen Mobilfunkstandard 5G

zutage. Washington fordert ein Verbot chinesischer 5G-Technologie, doch es schlossen sich nur wenige europäische Hauptstände dieser Position an. Die Sorgen reichen von Spionagemöglichkeiten, über technische Kompatibilität, zunehmender chinesischer Marktmacht bis hin zum Verlust der intellektuellen Führungsposition. Kurzum: Wer diesen Standard definiert, entscheidet auch über die Sicherheitspolitik von morgen.

Fliehkräfte im Strategischen Dreieck

Angesichts dieser Befunde gibt es keinen umfassenden Schlußschluss der westlichen Mächte, weder kontinentaleuropäisch noch transatlantisch. Trotz der Bemühungen um einen einheitlicheren Fußabdruck besitzt die EU in vielen Belangen nicht den Stellenwert einer anerkannten Variablen in der Gleichung globaler Großmachtrivalität. Deutschland plante das europäische Profil während seiner EU-Ratspräsidentschaft zu stärken, doch mit dem EU-China-Gipfel wurde Corona-bedingt einer der wichtigsten Termine hierzu verschoben. Bis zu einem etwaigen Ersatztermin sollten Fortschritte in den Beziehungen jedoch nicht verschleppt werden.

Denn angesichts der anstehenden US-Präsidentschaftswahl droht eine Verschärfung der globalen Spannungen. Die Corona-Pandemie dient dem US-Präsidenten als Inbegriff internationaler Missstände. Statt einer Globalisierung der Wirtschaft setzt Trump auf eine Entkopplung der Liefer- und Produktionsketten im Sinne seines Imperativs „America First“. Auch in Europa stehen die wirtschaftlichen Abhängigkeiten auf dem Prüfstand. Der Druck aus Washington bewirkte hierbei eine Stärkung des europäischen Selbstbewusstseins. Eigene europäische Lösungen werden von vielen als das Allheilmittel präsentiert. Nach Jahrzehnten des Offshoring und Outsourcing ist dies leichter gesagt als getan. Die Stärkung der eigenen Kapazitäten angesichts überlegener Mächte wird in

der Politikwissenschaft „internal balancing“ genannt. Dieses Balancieren dürfte nun mit der Corona-Pandemie neuen Aufwind in Europa erfahren.

Die Entkopplungsdebatten in den USA und Europa sind aus chinesischer Sicht durchaus besorgniserregend. Denn obgleich weder die FOIP noch die EU-Konnektivitätsstrategie an das Finanzvolumen der BRI heranreichen, kann diese durch die Entkopplung der Wirtschaften beeinträchtigt werden. Andere Staaten und einheimische Akteure würden sich als Alternativen zu den Produktionsstätten in China anbieten. Ein stärkerer Wettbewerb um Investitionen und Produktionsstandorte könnte neue Gestaltungsspielräume zur Interessensdurchsetzung eröffnen. Im Gegenzug birgt es das Risiko der stärkeren Fragmentierung des Weltwirtschaftssystems. Wie Mark Siemons in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung bemerkte, könnte dies zu einer Neuaufteilung der Welt führen. Mit zunehmenden transatlantischen Spannungen sind nicht nur zwei, sondern mindestens drei Zonen denkbar, die eigene Wirtschafts- und Technologiesysteme unterhalten. Von einer „Weltgemeinschaft“ kann dann keine Rede mehr sein. Diesem Szenario entgegenzusteuern erfordert eine ausgewogene Außenpolitik mit Blick auf alle Ecken des strategischen Dreieckes aus EU, USA und China.

Nachholbedarf für klare Kanten

China ist schon lange kein Papiertiger mehr. Es weiß heute sein wirtschaftliches Gewicht zur Durchsetzung von politischen Interessen zu nutzen. Wie die USA und andere Westmächte schmerzlich erfahren mussten, sind machtpolitische Überlegenheit und effektive Interessendurchsetzung nicht gleichzusetzen. Derartige Grenzerfahrungen macht nun auch Peking entlang der Neuen Seidenstraße, die es zu einem außenpolitisch aktiveren Handeln zwingen und Bedrohungsperceptionen anheizen. Übersehen wird sowohl von West als auch Ost die Chance gegenseitigen Lernens aus den

historischen Erfahrungen, Sorgen und Potenzialen. Es erfordert Anstrengungen unter allen Beteiligten, um die „die große Mauer in den Köpfen“ zu überwinden, so der Bonner Politikwissenschaftler Xuewu Gu. Laut Europäischen Auswärtigen Dienst seien hierzu Vertrauen, Transparenz und Reziprozität unerlässliche Pfeiler realistischer Beziehungen. Noch wird allerdings keine Ecke des strategischen Dreiecks diesen Pfeilern gerecht. Richtungsweisend könnten trilaterale Pilotprojekte sein, welche die drei Initiativen (BRI, FOIP und EU-Asien-Strategie) zunächst in einem lokal begrenzten Umfang verknüpfen. In der Politik herrscht jedoch ein Mangel an Gedankenspielen über experimentelle Kooperationen im strategischen Dreieck, die das Risiko einer Thukydides-Falle mindern könnten.

Die Großmachtrivalität zwischen den USA und China wird allen Erwartungen nach unabhängig davon, wer in diesem Jahr die Präsidentschaft gewinnt, fortgesetzt werden. In diesem zunehmend kompetitiven Weltgefüge schlägt EU-

Außenbeauftragter Josep Borrell einen „Europäischen Weg“ vor, der vorteilhafte Außenbeziehungen zu beiden Mächten erlaubt. Dieser Weg wird derzeit noch durch unilaterale Alleingänge der Mitgliedsstaaten versperrt. Zunächst sollte also eine Verständigung aller Mitgliedsländer erreicht werden, um ein kohärentes EU-Außenhandeln sicherzustellen. Diese Ansicht vertritt auch die deutsche Bundesregierung. Ob die anvisierte Verständigung während der Berliner EU-Ratspräsidentschaft gelingt, bleibt abzuwarten.

Bislang fehlte der politische Wille zur Erarbeitung einer tragfähigen trilateralen Vision entlang strategischer Interessen und Werte ebenso wie eine klare europäische Kante. Es braucht allerdings einen solchen gemeinsamen Ansatz, damit der Ausspruch des Thukydides nicht zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung wird. Der Nachholbedarf ist bei allen Beteiligten groß, doch das Ziel lohnt sich.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause

GSP-Einblick 6/2020, Mai: „Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus“ von Dr. Oliver Thränert

GSP-Einblick 7/2020, Juni: „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 8/2020, Juni: „Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ von Christiane Heidbrink, M.A.



Hinweis: Unser Blog befasst sich intensiv mit den Konsequenzen der Corona-Krise für die Sicherheitspolitik: diskutieren Sie mit! [Hier geht es zum Blog.](#)



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal](#).

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

**Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!**

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo